

## **Erklärung für eine verantwortliche kommunale Friedens- und Außenpolitik anlässlich der 5. Friedensstadtwoche, 12 - 21. Juli 2012 in Tübingen**

Unter dem Motto „Frieden findet Stadt“ hat die Gesellschaft Kultur des Friedens zusammen mit Tübinger Friedensinitiativen und Institutionen zur 5. Friedens-Stadtwoche vom 12. - 21. Juli 2012 nach Tübingen eingeladen.

Im Bereich Frieden und Umwelt, Entwicklung, Bildung, Sport und Kultur, fanden zahlreiche Veranstaltungen an unterschiedlichen Schauplätzen mit der Fragestellung statt:

Welche Impulse können wir mit dem Projekt „Friedensstadt“ entwickeln, um Gewalt und Krieg beispielhaft überwinden zu helfen? Dazu gab es bei einem Forum mit Tübinger Stadträten, Landtags- und Bundestagsabgeordneten Anregungen u. a. zu einer kommunalen Friedens- und Außenpolitik mit Beispielen von Solidaritätspartnerschaften zu Städten in Krisen- und Kriegsregionen, die auch unser Zusammenleben hier betreffen. Ein politischer Schwerpunkt war und ist die aktuelle Situation im Nahen und Mittleren Osten, die Konflikt- und Kriegssituation um die Ukraine, der Umbruch in der Arabischen Welt, Waffenhandel, Rüstungsexporte, soziale Bewegungen international und regional, globale und lokale Umweltpolitik. Die Auswirkungen einer unverantwortlichen Politik erleben wir auch bei den unkontrollierten Finanzmärkten und einer globalen Klimakatastrophe. Wie können wir im 21. Jahrhundert leben, arbeiten, wohnen und uns fortbewegen, ohne die sozialen und ökologischen Lebensgrundlagen lokal und global zu zerstören? Dazu wurden verschiedene Beispiele von Tübinger Städtepartnerschaften gegeben wie mit Villa El Salvador (Peru), Petrosawodsk (Russland) Moshi (Tansania) oder auch durch Solidaritätspartnerschaften Kesperiani (Stadtteil in Athen) oder Tuzla (Bosnien) durch konkrete Projekte wie z.B. der Unterstützung der Feuerwehr bei Waldbränden oder der Entwicklung von Solarprojekten durch Ausbildung von Kriegsflüchtlingen, die durch Initiativen aus der Tübinger Zivilgesellschaft entstanden sind.

Mit VertreterInnen aus den verschiedenen Partnerstädten Tübingens und Tübinger Institutionen, Verbänden, Schulen, Kirchen und interessierten Fakultäten der Universität und Initiativen soll ein Netzwerk der „Kommunalen Außen- und Friedenspolitik“ geknüpft werden. Dazu wurde ein Arbeitskreis angeregt, an dem sich alle Interessierte beteiligen können. ( Kontakt: GKF, email: [info@kulturdesfriedens.de](mailto:info@kulturdesfriedens.de))

Einig waren alle Beteiligten, dass eine solidarische und nachhaltige Entwicklung- und Friedenspolitik gestaltet werden muss, die an den Ursachen von Krieg und Armut ansetzt und nicht nur an den Auswirkungen, d.h. konkret: Fluchtursachen bekämpft und nicht

Flüchtlinge. Dabei müssen wir feststellen: Krieg fängt vor unserer „Haustüre“ mit Waffenproduktion und Rüstungsexporten in Krisen- und Kriegsregionen an. Die politische Situation in den arabischen Ländern ist dominiert von den politischen und wirtschaftlichen Interessen des Westens, durch den Ressourcen intensiven Lebensstil in den USA und Europa. Dies führt seit Jahrzehnten zu Kriegen um Öl.

Vertrauen muss von unten wachsen, bei den Menschen, durch Unterstützung von Initiativen für das friedliche und solidarische Zusammenleben der Völker. Wir wehren uns gegen alle Rüstungsproduktion- und Exporte, die Krieg und Leid in die Welt tragen. Wir setzen langfristig auf Rüstungskonversion.

Wohlstand darf nicht durch Tod erkaufte werden. Wir sind mit verantwortlich für die Kriegsflüchtlinge, die eine Folge der Waffenlieferungen sind und aus unseren Städten dann wieder abgeschoben werden.

Mehr als 50 Millionen Flüchtlinge sind Opfer des Krieges.

Wir fordern ein Menschenrecht auf Frieden.

Wir fordern von Gemeinden, Stadtversammlungen, Kreise, Landtage, Bundestag, Europaparlament Verantwortung für eine solidarische und friedliche Politik zu übernehmen  
Wir beginnen bei uns selbst. Wir beginnen hier in unserer Stadt.

Wir mischen uns ein und arbeiten an der Entwicklung einer Kultur des Friedens, mit Alternativen zu einer einseitig an Wirtschaftsinteressen orientierten Außenpolitik. Die deutsche und europäische Außenpolitik braucht eine Erneuerung durch eine kommunale Friedenspolitik, die sich an den Lebensinteressen aller Menschen orientiert.

Diese Tübinger Erklärung soll dem neuen Gemeinderat am 28.7.2014 bei seiner Neukonstituierung auf den Weg gegeben werden.

Henning Zierock, Gesellschaft Kultur des Friedens(GKF)